



Warum die Sparkasse Geld verteilen soll – und warum nicht

Die Sparkassen-Kritiker Rainer Gottwald und Fachanwalt Achim Strauch diskutieren auf Einladung der Kommunalen Initiative

ASCHAFFENBURG. 2,97 Millionen Euro könnte die Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau aus dem Gewinn des Jahres 2014 an Stadt und Kreis ausschütten. Diese Summe nannte Rainer Gottwald, Gründer des »Bürgerforums Landsberg« auf einer Podiumsdiskussion der Kommunalen Initiative (KI) am Donnerstag in Aschaffenburg.

Damit stützte Gottwald die Forderung, die KI-Stadtrat Johannes Büttner seit einiger Zeit erhebt: »Die Sparkasse gehört Stadt und Landkreis und damit den Bürgern, also sollten diese Gelder zur Finanzierung gemeinnütziger Aufgaben herangezogen werden.« Büttner möchte damit den kommunalen Zuschuss an das Klinikum in Höhe von über sieben Millionen Euro zumindest teilweise decken.

»Der Rentner, vor dem sich die Sparkassen fürchten« hat die »Süddeutsche Zeitung« über Gottwald geschrieben, der seit drei Jahren bundesweit die Diskussion um die Gewinnabführung der Sparkassen vorantreibt. Am Donnerstagabend traf er auf Achim Strauch, Aschaffener Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht, der ihm mehrfach deutlich widersprach: Gewinn erwirtschaftete die Sparkasse nur mit den Einlagen ihrer Kunden, so



Soll die Sparkasse mehr öffentliche Aufgaben finanzieren? 30 Zuhörer interessieren sich für eine Podiumsdiskussion der Kommunalen Initiative. Foto: Björn Friedrich

Hintergrund: Sparkasse und städtische Schulden

Rund 70 Millionen Euro Schulden habe die Stadt Aschaffenburg, davon aber nur vier Millionen bei der Sparkasse, erklärte KI-Stadtrat Johannes Büttner. Er mutmaßte, das Geldinstitut verlange so hohe Zinsen, dass sie sich die Stadt nicht leisten könne.

Das stimme in dieser Form nicht, sagte der städtische Finanzreferent Meinhard Gruber: Kommunale Kredite

seien hoch subventioniert, damit die Gebietskörperschaften ihre Aufgaben erfüllen könnten. Daher kämen in der Regel Institute wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die Bayerische Landesbodenkreditanstalt zum Zuge. Weil die Zinsen durch staatliche Förderung so stark gedrückt würden, könne weder eine Sparkasse noch eine Geschäftsbank mithalten. (klg)

Strauch, nicht mit Geldern aller Bewohner der Region. Warum sollte dann die gesamte Bevölkerung profitieren? »Das ist so nicht gerecht.«

Außerdem sei eine Gewinnausschüttung eine Kann-Vorschrift, so Strauch: »Es gibt keinerlei rechtliche Verpflichtung, diese Gelder zu verteilen.« Dem stimmte

auch Gottwald zu, obwohl er forderte: Die Sparkassen hätten die Aufgabe, die Kommunen mit Geld zu unterstützen. Strauch widersprach dem: »Die Politiker sollen lernen, mit dem Geld auszukommen, das sie haben. Wieso sollen Kleinanleger die Löcher stopfen?«

Gottwald hatte die Zahlen der Aschaffener Sparkasse untersucht. Dabei kritisierte er, dass 2012 und 2013 dem »Fonds für allgemeine Bankrisiken« 20 und 50 Millionen Euro zugeführt wurden. Ohne diese Summen wäre für 2013 eine Ausschüttung von knapp elf und für 2012 eine von gut 22 Millionen Euro möglich gewesen. Der Vorstand habe die Gelder für den Fonds »willkürlich« gewählt, die Einzahlung sei »unnötig.«

Hohe Eigenkapitalquote

Die Aufstockung des Eigenkapitals hält Gottwald ebenfalls für wenig sinnvoll. Der Gesetzgeber fordere neun Prozent, ab 2019 müssten es 13 sein. Die Aschaffener Sparkasse erreiche schon jetzt 14,25 Prozent. Widerspruch von Strauch: »Die Stärkung des Eigenkapitals empfinde ich nicht als schlecht.«

Der städtische Finanzreferent Meinhard Gruber, der als Zuhörer anwesend war, verwies auf einen weiteren Grund für eine hohe Eigenkapitalquote. Während der

Bankenkrise habe die mittelständische Wirtschaft stets betont, dass allein Sparkassen (und Genossenschaftsbanken) ihnen noch Geld gäben.

Anstalt öffentlichen Rechts

Wer bestimmt eigentlich den Kurs einer Sparkasse? Für Gottwald ist klar: »Der Verwaltungsrat hat die meiste Macht.« Das wollte Anwalt Strauch nicht stehen lassen. Im Gesetz sei klar geregelt, dass der Vorstand für Steuerung und Kontrolle verantwortlich sei. »Der sitzt da nicht als verlängerter Arm von irgendwem.« Dass die Sparkasse den Gebietskörperschaften gehöre, sei falsch. Es handele sich um eine Anstalt öffentlichen Rechts, Träger sei ein Zweckverband. Den bilden indes Stadt und Landkreis.

Die Sparkasse hatte eine Teilnahme an der Diskussion abgelehnt. In einem Schreiben, das Büttner teilweise verlas, stellte sie ihre bisherige Geschäftspolitik als korrekt dar. Frank Sommer, der die Diskussion vor knapp 30 Besuchern leitete, kritisierte die Haltung der Sparkasse, sich einer »sachlichen Auseinandersetzung« zu entziehen. klg



Das Schreiben der Sparkasse an Johannes Büttner und dessen Antwort lesen Sie auf www.main-echo.de